

Herrn
Oberbürgermeister
Ivo Gönner
Rathaus
89073 Ulm

Stadt Ulm
Zentrale Dienste

Eing. 16. April 2010
Tgb.-Nr. II/50
Bearb. Stelle

OB/19

OB, OB/6

FK: 211, 213
FuG
COU
Güne
FOP
Linre
Fax: BS
R2
GM
KiTA
el. 16.4.10

39

15. April 2010
15. APR. 2010

Ausbau der Grundschulen zu Ganztageschulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei einem Fachgespräch der SPD-Fraktion am 13. April mit den Vertretern der Elternschaft und den Schulleitungen, unterstützt durch die Vertreter der Verwaltung Semler, Götz und Wirsching, wurde das Thema Weiterentwicklung der Ganztagesangebote in Ulmer Grundschulen ausführlich erörtert.

Dieser Ausbauprozess ist aus unserer Sicht eine konsequente Weiterentwicklung der Bildungsoffensive. Die Schulkinderbetreuung kann sich dabei auf die Erfahrungen der Schulen stützen, die bisher schon in unterschiedlichem Umfang Ganztagesangebote durchführen. Dieses Angebot stößt wie die Zahlen der Abteilung Bildung zeigen, auf ein zunehmendes Elterninteresse. Der Erfolg der Angebote stellt die Stadt als Schulträger aber vor enorme Herausforderungen in finanzieller und organisatorischer Hinsicht. Hier stehen wir erst am Anfang der Umsetzung und - wie die öffentliche Berichterstattung in den Medien zeigt - am Anfang einer dringend notwendigen Diskussion.

Die kritisch-konstruktive Diskussion unseres Fachgesprächs kann zusammengefasst werden:

1. Doppelstrukturen, also gleichzeitige Betreuungsmöglichkeiten an Schülerhorten **und** an Schulen, sollen erst abgebaut werden, wenn angemessener Ersatz zur Verfügung steht.
2. Angemessener Ersatz wird in erster Linie über die Qualität der Betreuungspersonen definiert. Welche Personen übernehmen künftig die Betreuung an den Schulen? Welche Rolle spielt die Gebundenheit (gebundene /offene/teilgebundene Ganztageschule)? Gibt es künftig eine einheitliche Betreuung mit Zuständigkeit der Schulleitung?

3. Werden die Angebote für die Schulferien vergleichbar mit den heutigen Hortangeboten sein?
4. Welche baulichen Voraussetzungen müssen am Ende des Ausbauprozesses gegeben sein. Welche provisorischen Übergangslösungen sind denkbar?

Insgesamt haben wir den Eindruck gewonnen, dass ein einheitliches flächendeckendes Angebot nicht sofort realisierbar ist. Vielmehr wird man Schule für Schule, Sozialraum für Sozialraum untersuchen müssen, welche sinnvolle Vorgehensweise in Frage kommt.

Leider ist dieses Thema bisher überwiegend als "Einsparidee" in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Wir hoffen, dass es gelingt, zu einer dem Thema angemessenen Sachlichkeit zurückzukehren. Unabdingbare Voraussetzung ist, dass alle Beteiligten frühzeitig einbezogen werden.

Da die für April geplante Behandlung im Fachbereichsausschuss in den Sommer verschoben wurde, sollte die Zeit für Abstimmungsgespräche genutzt werden.

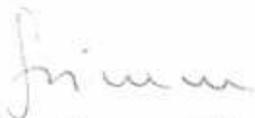
Mit freundlichen Grüßen



Dorothee Kühne
Fraktionsvorsitzende



Martin Rivoir MdL
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Dr. Susanne Grimm
Stadträtin



Lisa-Barbara Schanz
Stadträtin



Dr. Haydar Süslü
Stadtrat